



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Rat**
Sitzungsort : **Großer Ratssaal**
Sitzungstag : **Montag, 21.01.2008**
Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**
Sitzungsende : **19:50 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Helmut Predeick

Teilnehmer

Herr Oliver Bäumker
Herr Hubert Bleß
Herr Antonius Brinkmann
Frau Marita Bromann
Frau Monika Bushuven
Frau Andrea Geiger
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff
Herr Daniel Hagemeier
Herr Andreas Hahner
Herr Franz-Josef Helmers
Frau Hildegard Hödl
Herr Michael Hütig
Herr Heinz Junkerkalefeld
Herr Winfried Kaup
Frau Cornelia Klima-Bunte
Herr Karl-Friedrich Knop
Frau Beatrix Koch
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Peter Kwiotek
Frau Elisabeth Lesting
Herr Ralf Niebusch

Herr J.-Francisco Rodriguez
 Herr Wolfgang Sibbing
 Herr Wolf-Rüdiger Soldat bis 19.00 Uhr
 Herr Karl-Josef Strothmeier
 Herr Paul Tegelkämper
 Frau Monika Tigges
 Herr Hans-Gerhard Voelker
 Frau Lena Wickenkamp
 Frau Maria Wieschmann

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff
 Frau Regina Haferkemper nur öffentlicher Teil
 Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter
 Herr Ulrich Hölken
 Herr Willi Höpker
 Herr Michael Jathe, Erster Beigeordneter
 Herr Ludger Junkerkalefeld
 Herr Helmut Kröger
 Herr Hans-Peter Mülders nur öffentlicher Teil
 Frau Inga Nordalm nur öffentlicher Teil
 Herr Bernhard Rose
 Herr Michael Schlotmann
 Herr Jakob Schmid
 Herr Klaus Tzyschakoff nur öffentlicher Teil
 Frau Heike Vogel nur öffentlicher Teil
 Herr Thomas Wulf

Schriftführer

Herr Johannes Stüer

es fehlten entschuldigt:

Herr Ernst-Rainer Fust

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	5
2. Befangenheitserklärungen	5
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2007	5
4. Bestellung eines neuen Schriftführers Vorlage: B 2007/011/1170	6
5. Haushaltssatzung 2008 Vorlage: B 2008/201/1175	6
6. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2007 Vorlage: M 2007/016/1162	6-10
7. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreterin Vorlage: M 2007/1/1158	10
8. Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Vorlage: B 2007/011/1157	10
9. Nachbesetzung im Bezirksausschuss Sünninghausen Vorlage: B 2007/011/1164	10
10. Überprüfung der Sicherheit in Schulbussen Vorlage: B 2008/011/1171	11
11. Neue Elternbeitragstabelle der Stadt Oelde Vorlage: B 2007/510/1151	11-12
12. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Oelde Vorlage: B 2008/320/1174	12-13
13. Neugestaltung Innenstadt Nord - Konzept Vorlage: B 2007/610/1161	14-24
14. 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 Jahnwiese A) Entscheidungen über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gem. § 4 Abs. 2 BauGB B) Satzungsbeschluss Vorlage: B 2007/610/1163	24-25
15. 2. Änderungsvereinbarung zum Erschließungsvertrag zum BPlan 70 25 "Jahnwiese" Vorlage: B 2007/600/1167	

16.	Verschiedenes	26
16.1.	Mitteilungen der Verwaltung	26
16.2.	Anfragen an die Verwaltung	26

Vor Einstieg in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Predeick die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse – Herrn Reimann und Frau Tiemann von der Glocke – sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich zur Sitzung des Rates.

Er stellt fest, dass der Rat der Stadt Oelde form- und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Weiterhin stellt Herr Bürgermeister Predeick dem Rat Herrn Michael Schlotmann vor und heißt ihn herzlich willkommen. Herr Schlotmann absolviert derzeit die Ausbildung zum Stadtsekretär im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst.

Anschließend schlägt Herr Bürgermeister Predeick vor, die Beratung des TOP 16 „Straßenbenennung im Baugebiet Zum Sundern“ auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den TOP 16 „Straßenbenennung im Baugebiet Zum Sundern“ in einer der nächsten Sitzungen des Rates zu beraten.

Die Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung verschieben sich entsprechend.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

2. Befangenheitserklärungen

Es erklärt sich niemand für befangen. Herr Bürgermeister Predeick erklärt außerdem, dass aufgrund einer Nachfrage eine mögliche Befangenheit geprüft worden sei. Diese könne jedoch ausgeschlossen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2007

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt einstimmig die Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2007.

4. Bestellung eines neuen Schriftführers Vorlage: B 2007/011/1170

Gemäß § 52 Gemeindeordnung NRW ist über die im Rat gefassten Beschlüsse eine Niederschrift aufzunehmen. Hierfür sind Schriftführer vom Rat zu bestellen.

Nach dem Ausscheiden von Frau Regina Haferkemper aus dem Allgemeinen Steuerungsdienst schlägt die Verwaltung vor, Herrn Johannes Stürer als Schriftführer zu bestellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde bestellt gemäß § 52 Gemeindeordnung NRW einstimmig Herrn Johannes Stürer zum Schriftführer.

**5. Haushaltssatzung 2008
Vorlage: B 2008/201/1175**

Die vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist dem Rat gem. § 80 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

Die Haushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen wurde erstmalig nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) aufgestellt.

Der Haushaltsplan 2008 gliedert sich in 15 Produktbereiche, denen insgesamt 94 Produkte zugeordnet sind. Er besteht aus dem Ergebnisplan, dem Finanzplan sowie den Teilergebnis- und Teilfinanzplänen der einzelnen Produktbereiche.

Herr Bürgermeister Predeick stellt dem Rat der Stadt Oelde in seiner Haushaltsrede die Haushaltssatzung 2008 vor. Hierbei erläutert er Grundsätze des NKF, stellt die verschiedenen Positionen des Haushaltsplanes dar und gibt einen Überblick verschiedener investiver Maßnahmen.

In Anschluss an die Sitzung wird der neue Haushaltsplan an die Mitglieder des Rates verteilt.

Die Haushaltsrede sowie die Haushaltssatzung 2008 sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Rat nimmt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen zur Kenntnis und verweist ihn einstimmig zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss bzw. an die beteiligten Fachausschüsse.

**6. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2007
Vorlage: M 2007/016/1162**

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Heike Vogel berichtet:

„Grundlagen für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten sind in erster Linie das Landesgleichstellungsgesetz des Landes NRW vom 9. November 1999 sowie § 5 der Gemeindeordnung (GO NW). Darin werden die von der Gleichstellungsbeauftragten wahrzunehmenden Aufgaben sowie deren Rechte innerhalb der Verwaltung beschrieben. Darüber hinaus sind in meiner Bestellung zur Gleichstellungsbeauftragten von Juni 2006 weitere Pflichten außerhalb der Verwaltung festgeschrieben. Der zeitliche Rahmen für meine Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte umfasste im letzten Jahr 15 Wochenstunden.

Intern:

Die hausinterne Arbeit beinhaltet die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen, Sitzungen und Besprechungen. Darüber hinaus stehe ich im Rahmen der Sprechstunde im Rathaus als

Ansprechpartnerin für die Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Die an mich gerichteten Anfragen von Kolleginnen bezogen sich in diesem Jahr überwiegend auf Arbeitszeitregelungen, das neu eingeführte Elterngeld sowie auf Beurlaubungsmöglichkeiten.

Weiterhin habe ich mit Datum vom 16. November 2006 die Funktion der Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz übernommen. Das neue Gesetz soll für Gleichbehandlung sorgen. Es soll die Beschäftigten vor Benachteiligungen schützen und die Voraussetzungen für ein benachteiligungsfreies Miteinander im Arbeitsalltag schaffen.

Extern:

Als Gleichstellungsbeauftragte stehe ich allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Oelde bei gleichstellungsrelevanten Problemen als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

In diesem Jahr wurden Probleme aus unterschiedlichen Bereichen an mich herangetragen. Die häufigsten Probleme, mit denen Frauen auf mich zu kamen, waren Fragen über Möglichkeiten des Wiedereinstiegs in den Beruf sowie der beruflichen Neuorientierung. Ein weiteres Problemfeld, bei dem betroffene Frauen Unterstützung suchen, sind Fragen bei Trennung und Scheidung bis hin zur Gewalterfahrung in der Familie. Hier stehe ich den Hilfesuchenden als erste Anlaufstelle zur Verfügung, um dann mit ihnen zu überlegen, welche Beratungsangebote sie weiterhin in Anspruch nehmen können bzw. wo sie gezielte Hilfe und Unterstützung bekommen können.

An dieser Stelle möchte ich auf die gute Zusammenarbeit mit der Frauenberatungsstelle Beckum „Frauen helfen Frauen e.V.“ hinweisen, die seit Mai 2007 zweimal monatlich eine Außensprechstunde für Frauen und Mädchen in Oelde anbietet. Diese Sprechstunde, die durch die Stadt Oelde finanziert wird, wird sehr gut angenommen und soll eventuell noch zeitlich erhöht werden.

Im Folgenden wird ein Überblick über die durchgeführten Projekte und Veranstaltungen gegeben. Ein Teil der Veranstaltungen ist in Kooperation mit anderen Gleichstellungsstellen oder frauenspezifischen Institutionen und der VHS durchgeführt worden. Durch eine immer mehr zunehmende, gute Vernetzung lässt sich nicht nur die Effektivität der Arbeit erhöhen, auch das Einsparen anderer Ressourcen wie Arbeitszeit und Finanzen ist ein wertvoller Vorteil dieser Kooperationen.

Zum **Internationalen Frauentag am 8. März** trat die Frauentheatergruppe „Bloodymary“ mit ihrem Stück „Ein Rollator auf Abwegen oder ein starkes Stück im Altersheim“ in der Aula des Thomas-Morus-Gymnasiums in Oelde auf. Die Lientheatergruppe stellte ihr Können unter Beweis und brachte das Publikum mit ihrer Vorstellung zum Schmunzeln.

Das Gesetz zum **Elterngeld** und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) ist am 01. Januar 2007 in Kraft getreten. Aufgrund vieler Unsicherheiten und Fragen bei vielen Eltern fand am 15. März 2007 ein Vortrag zum Thema „Elterngeld“ statt. An diesem Abend konnten die Teilnehmenden die wichtigsten Neuerungen erfahren. Neben einem theoretischen Einblick in die gesetzlichen Neuerungen haben die Vertreter des Versorgungsamtes Münster an praktischen Beispielen die Höhe des Elterngeldes sowie die Dauer des Bezuges berechnet.

Die **Weiterbildungsberatung für Frauen**, die in Zusammenarbeit mit der VHS Oelde-Ennigerloh, dem Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (VFFE) und der Gleichstellungsbeauftragten angeboten wird, ist ein spezifisches Angebot für Ratsuchende zum Thema Wiedereinstieg. Das Angebot hat sich inzwischen in Oelde etabliert. Es besteht nunmehr seit 12 Jahren und wird von Frauen genutzt, die nach der Familienphase wieder in den Beruf zurück oder sich neu orientieren wollen. Darüber hinaus spricht es alle Frauen an, die einen umfassenden Überblick über die Möglichkeiten des Einstieges in einen Beruf oder eine Arbeitsstelle suchen.

Um auf die Bedürfnisse der auf 400 Euro-Basis Beschäftigten einzugehen, wurde die bereits bestehende Broschüre mit dem Titel „Minijobs & Co“, die in Kooperation mit allen Gleichstellungsbeauftragten des

Kreises Warendorf sowie der Regionalstelle Ahlen – Frau und Beruf - konzipiert wurde, neu aufgelegt. Die wichtigsten Rechte und Pflichten sind hierin enthalten.

Darüber hinaus fand am 15. Oktober 2007 eine kreisweite Telefonaktion zum Thema „**Minijobs**“ statt, bei der Anrufende sich anonym und kostenlos von einer Expertin beraten lassen konnten. Das Angebot wurde sehr gut angenommen.

Am 26. April 2007 fand zum zweiten Mal der **Girl's Day – Mädchen – Zukunftstag** – in Oelde in Kooperation mit den Oelder Schulen und Unternehmen statt. Ziel des inzwischen bundesweit etablierten Tages ist, Mädchen für technische, naturwissenschaftliche und handwerkliche Bereiche zu gewinnen und Ihnen Einblick in Berufsfelder zu ermöglichen, die sie nur selten in Betracht ziehen. Die meisten Mädchen entscheiden sich im Rahmen ihrer Ausbildungs- und Studienwahl noch immer für typisch weibliche Berufsfelder oder Studienfächer und schöpfen damit ihre Berufsmöglichkeiten nicht voll aus.

Leider nahmen nur zwei Schulen, das Thomas-Morus-Gymnasium und die Pestalozzi-Schule aus Oelde mit ca. 30 Mädchen der 8., 9. und 10. Klassen an diesem Tag teil. Mit viel Begeisterung konnten sich die Mädchen über die Arbeit und Zukunftschancen in fünf Oelder Unternehmen sowie bei der hiesigen Feuerwehr informieren.

Patchworkfamilien gibt es wie Sand am Meer. Viele dieser Familien haben einen erfolgreichen Weg gefunden, das Leben miteinander zu gestalten, obwohl es unter den bestehenden, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keine klaren Regeln und Werte gibt, an denen man sich orientieren kann. Es finden sich immer wieder Familien, für die der Alltag und das Leben mit Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsfamilien mit viel Anstrengung und Sorgen verbunden ist. Zu diesem Thema „**Neuzusammengesetzte Familien – Wie geht das?**“ fand am 20. September 2007 ein Vortrag statt, der den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anregungen und neue Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigte.

In Kooperation mit der VHS Oelde-Ennigerloh fand am 15. November 2007 ein Vortrag zum Thema „**Chatten ohne Risiko**“ statt. Das Chatten gehört zum sozialen Alltag fast eines jeden Kindes. Aus der vermeintlichen Anonymität des Internets kommt es immer wieder zu Belästigungen und die sogenannten „Blind Dates“ sind nicht ungefährlich. Damit Eltern eine Vorstellung vom Kommunikationszentrum ihrer Kinder im Internet gewinnen, wurde in diesem Kurs der Chatroom ICQ vorgestellt. Leider fand das Thema bei den Oelder Bürgerinnen und Bürgern keine große Resonanz.

Die Arbeit im Netzwerk **Runder Tisch gegen häusliche Gewalt** des Kreises Warendorf, in dessen Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit ich tätig bin, ist sehr umfangreich. Der Runde Tisch ist ein Kooperationsbündnis, das seit 1997 besteht. Dort sitzen Vertreter und Vertreterinnen der Amtsgerichte, der Kreispolizeibehörde, der Staatsanwaltschaft, der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser, der Sozial- und Jugendämter, von Wohlfahrtsverbänden sowie RechtsanwältInnen und Gleichstellungsstellen.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen fördert, wie auch in den Vorjahren, diese Vernetzungsstrukturen, deren Ziel es ist, die Verbesserung von Maßnahmen gegen häusliche Gewalt an Frauen und Kindern zu erreichen.

Im Jahr 2007 wurde durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt, Schulen, Koordinationsstelle Sucht – zur Förderung des Projektes „Sicherung und Weiterentwicklung des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Warendorf“ auf Antrag der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Oelde eine Zuwendung in Höhe von 9.900 Euro bewilligt. Die Zuwendung wurde zur Durchführung der Fachveranstaltung am 26. November 2007 zum Thema: Mittendrin und außen vor – Kinder im Spannungsfeld häuslicher Gewalt – bewilligt.

Die Fachtagung fand am 26. November 2007 in der Landvolkshochschule in Warendorf-Freckenhorst statt. Der Landrat Herr Dr. Olaf Gericke sprach das Grußwort und unterstrich damit den Stellenwert dieser Veranstaltung für den Kreis Warendorf. Birgit Klüber vom Jugendamt der Stadt Gladbeck sowie Frau Ute Rösemann von der Frauenberatungsstelle Gladbeck stellten den in Kooperation erstellten

Leitfaden zum Thema „Häusliche Gewalt“ vor. Es folgte ein Vortrag von Astrid Peter, Sozialtherapeutin und Bildungsreferentin aus Leverkusen zum Thema „Häusliche Gewalt aus Sicht von Jungen und Mädchen – Wie sehen Kinderinteressen und Kinderrechte aus? Herr Uwe Lohse, Diplom-Sozialarbeiter und Psychotherapeut referierte zum Problem „Väter als Täter – wie kann das Thema in der Behandlung aufgegriffen werden?“. Weiterhin berichtete Herr Udo Michaelis, Richter am Amtsgericht Malchin, über Aspekte gerichtlicher Entscheidungen bei häuslicher Gewalt im Hinblick auf das Kindeswohl.

Im Anschluss an die Referate fanden zu den jeweiligen Themen Arbeitskreise statt, in denen Fragen erläutert sowie ein Informationsaustausch untereinander erfolgte.

An der Veranstaltung haben ca. 80 Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen, PädagogInnen, MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, Jugendämtern, Polizeibehörden u.a., teilgenommen.

Abgesehen von der Finanzierung der Fachtagung konnte von den Fördermitteln die Neuauflage der Broschüre „Information Häusliche Gewalt“, die 4sprachig in Deutsch, Englisch, Türkisch und Russisch erschienen ist, überarbeitet und neu aufgelegt werden. Die Broschüre wurde um den Bereich „Stalking“ ergänzt.

Die Fachtagung wurde von den örtlichen Tageszeitungen sowie von Radio WAF begleitet.

Durch diese Veranstaltung konnte eine weitere Stärkung und Verfestigung der bestehenden Strukturen auf Kreisebene stattfinden. Die Mitglieder des Runden Tisches sind auch weiterhin bestrebt, dieses Netzwerkpotential, das sich für viele Arbeitsbereiche als sehr positiv und als ein Mittel „kurzer Wege“ herausgestellt hat, auch in Zukunft zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Die geplante Veranstaltung zum Thema „**Pubertät bei Jungen**“ musste aus terminlichen Gründen verschoben werden und findet nunmehr am 10. Januar 2008 statt.

Von den Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Warendorf wird zur Zeit eine Veröffentlichung über das Leben und Wirken von Frauen, die in Vergangenheit und Gegenwart im Kreis Warendorf leb(t)en und sich durch ihr Lebenswerk oder durch besondere Leistungen auszeichnen und in einer besonderen Beziehung zum Kreis Warendorf stehen bzw. standen.

Erinnert werden soll an Frauen aus verschiedenen Zeiten und Lebensbereichen, die sich z. B. als Künstlerinnen oder Unternehmerinnen, als Politikerinnen oder Funktionärinnen auszeichnen oder auch solche, die durch ihr Schicksal oder ihr Engagement Besonderes erlebt oder geleistet haben.

Erstellt wird ein ca. 120 Seiten starkes Lesebuch, das im Herbst 2008 veröffentlicht werden soll.“

Im Anschluss an ihren Tätigkeitsbericht bedanken sich die Fraktionen bei Frau Vogel für die geleistete Arbeit im Sinne der Gleichstellung und äußern ihr Bedauern, dass sie die Funktion als Gleichstellungsbeauftragte nicht weiter ausüben möchte. Wohl aber haben sie Verständnis, dass die umfangreiche Arbeit in der Bauverwaltung Frau Vogel die Fortführung dieses Amtes erschwert hätte und wünschen ihrer Nachfolgerin, Frau Regina Haferkemper, gutes Gelingen.

Ohne Frau Vogels Leistung schmälern zu wollen ergänzt Frau Brommann, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen eine wöchentliche Arbeitszeit von 15 Stunden für die Bewältigung von Gleichstellungstätigkeiten für zu gering erachte. Sie würden sich mehr Aktivität, Präsenz und Ansprechbarkeit der Gleichstellungsbeauftragten wünschen.

Auf Nachfrage von Herrn Knop erklärt Frau Vogel, dass sich im letzten Jahr kein Mann aufgrund von Gleichstellungsproblemen an sie gewandt habe. Bezüglich des diesjährigen Girls' Day's, der vor allem Mädchen und Frauen für technische und naturwissenschaftliche Berufe motivieren soll, sei an den Schulen auch nach interessierten Jungen angefragt worden. So hätten vier Jungen Interesse, am Girls' Day teilzunehmen, berichtet Frau Vogel abschließend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2007 zur Kenntnis.

7. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreterin
Vorlage: M 2007/1/1158

Die bisherige Gleichstellungsbeauftragte Frau Heike Vogel hat den Bürgermeister gebeten, das Amt der Gleichstellungsbeauftragten abgeben zu können, ist aber bereit, ihre bisherige Erfahrung als stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte weiterhin einzubringen. Zur Begründung führt sie an, dass die Förderanträge und weitere Aufgaben in ihrem Sachgebiet in der Bauverwaltung so zugenommen haben, dass ihr nicht die nötige Zeit verbleibt, um das Amt der Gleichstellungsbeauftragten entsprechend der Vorgaben des Rates der Stadt Oelde auszuführen zu können.

Nach § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung bestellt der Bürgermeister in Absprache mit dem Rat die Gleichstellungsbeauftragte.

Es wird vorgeschlagen, Frau Regina Haferkemper zur Gleichstellungsbeauftragten zu bestellen. Frau Haferkemper wechselt ab 01.01.2008 in den Servicedienst Organisation und wird dort etwa 10 Stunden wöchentlich vorwiegend mit der Bearbeitung der Beihilfeanträge beauftragt. Sie wird dann im bisherigen vorgesehenen Umfang von etwa 15 Stunden wöchentlich die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten wahrnehmen. Frau Vogel will Frau Haferkemper in ihrem neuen Amt unterstützen und soll deshalb zur stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten bestellt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt die Bestellung von Frau Regina Haferkemper zur Gleichstellungsbeauftragten und die Bestellung von Frau Heike Vogel zur Stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

8. Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
Vorlage: B 2007/011/1157

Frau Cornelia Klima-Bunte war Sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme in ihrer Funktion als Stadtschulpflegschaftsvorsitzende im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport. Das Amt als Stadtschulpflegschaftsvorsitzende hat sie nach nunmehr sechs Jahren abgegeben.

Als ihr Nachfolger wurde am 06. November 2007 Herr Peter Hellweg in das Amt des Stadtschulpflegschaftsvorsitzenden gewählt.

Als Nachfolger für den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport wird Herr Peter Hellweg, Vor den Knäppen 10, 59302 Oelde, als Sachkundiger Einwohner mit beratender Stimme vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Rat beruft einstimmig Herrn Peter Hellweg, Vor den Knäppen 10, 59302 Oelde, als Einwohner mit beratender Stimme in seiner Funktion als Schulpflegschaftsvorsitzender in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport als Nachfolger für Frau Cornelia Klima-Bunte.

9. Nachbesetzung im Bezirksausschuss Sünninghausen
Vorlage: B 2007/011/1164

Die FWG-Fraktion teilt mit, dass Herr Erwin Pötter (Sachkundiger Bürger mit beratender Stimme im Bezirksausschuss Sünninghausen) nach 59320 Ennigerloh verzogen ist. Als Nachfolger wird Herr Andreas Specken als Sachkundiger Bürger mit beratender Stimme vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Rat beruft einstimmig Herrn Andreas Specken, Brede 15, 59302 Oelde als Sachkundigen Bürger mit beratender Stimme in den Bezirksausschuss Sünninghausen.

10. Überprüfung der Sicherheit in Schulbussen
Vorlage: B 2008/011/1171

Frau Hödl erklärt:

Die FDP-Fraktion beantragt, mögliche sicherheitsrelevante Maßnahmen in den Schulbussen zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen. So sollte für alle Schüler und Schülerinnen ein Sitzplatz mit Rückhaltesystem zur Verfügung stehen. Die Kosten sollen im Haushalt 2008 der Stadt Oelde berücksichtigt werden.

Der Antrag liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zu verweisen.

11. Neue Elternbeitragstabelle der Stadt Oelde
Vorlage: B 2007/510/1151

Herr Jathe erklärt:

Dem Rat der Stadt Oelde kann in seiner heutigen Sitzung eine familienfreundliche und sozial ausgewogene Elternbeitragstabelle für die künftigen Kindergartenbeiträge in unserer Stadt vorgelegt werden.

Die vorgeschlagene Beschlussempfehlungen beruht auf gemeinsamen Verhandlungen aller im Rat vertretenen Fraktionen. Dabei konnte erreicht werden, dass trotz der notwendigen Umstellungen infolge des ab August 2008 geltenden neuen Kinderbildungsgesetzes KiBiz weitestgehend keine Anhebung der Beiträge erfolgen werde.

Für die Familien wirkt sich insbesondere die Anhebung der Einkommensgrenzen der niedrigsten, beitragsfreien Einkommensklasse von ca. 12.200 € auf 15.000 €, d.h. die Anhebung des maßgebenden Einkommensbetrages um über 20%, positiv aus.

Im übrigen konnten die Beiträge für Kinder über 3 Jahren (also die „klassischen Kindergartenkinder“) im sogenannten „35 Stunden-“, und im Ganztagsangebot nahezu unverändert gelassen werden. Der Beitrag im 25 Stundenangebot ist 15 % niedriger, als der des 35 Stunden Angebotes, weil natürlich auch eine Vielzahl von Fixkosten als Grundkosten in einer Tagseinrichtung unabhängig von der Anwesenheitsdauer der Kinder bestehen.

Im Bereich der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren weist die Tabelle eine familienfreundliche Beitragsstruktur aus, vor allem vor dem Hintergrund, dass der bisherige Beitrag für Kinder unter 3 Jahren als Basis für die künftige Ganztagsbetreuung zugrundegelegt wurde und damit alle anderen 35 und 25 Stundenangebote günstiger als bisher ausfallen.

Gerade hier weist der nun gefundene Kompromiss im Interesse der Eltern bezahlbar niedrige Beiträge aus; niedriger als dies zunächst von der Verwaltung vor dem Hintergrund der vom Gesetzgeber

unterstellten Kostenbeteiligung der Eltern von durchschnittlich 19 % ermittelt worden war. Hier wird die Stadt Oelde daher das gesetzgeberische Elternbeitragsziel nicht erreichen, sondern durch Zuschüsse auffangen müssen. Ein Vorhaben, welches aber derzeit mit ca. 20 T€ per anno überschaubar ist und zudem den Zielen des Stadtentwicklungskonzeptes 2015+ - dem Ausbau der U-3 Betreuung - entspricht.

Die Verwaltung empfiehlt daher nunmehr, die hier vorgelegte Beitragstabelle zu beschließen und dankt den Fraktionen für die zielorientiert konstruktive Mitarbeit an der Beratung zu diesem Thema.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig für die im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Oelde liegenden Kindertagesstätten ab 01.08.2008 die folgende Elternbeitragstabelle und beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Entwurfes einer entsprechend geänderten Elternbeitragsatzung.

Einkommensstufe		Kinder ab 3 Jahren			Kinder unter 3 Jahren		
		25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.
1	bis 15.000 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2	bis 25.000 €	22 €	26 €	42 €	49 €	58 €	68 €
3	bis 37.000 €	37 €	44 €	71 €	101 €	119 €	140 €
4	bis 49.000 €	62 €	73 €	115 €	148 €	174 €	205 €
5	bis 61.000 €	99 €	117 €	180 €	199 €	234 €	275 €
6	über 61.000 €	136 €	160 €	250 €	238 €	281 €	330 €

12. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Oelde Vorlage: B 2008/320/1174

Seit Jahren leistet die Feuerwehr Oelde Hilfsleistungen zur Ölspurbeseitigung auch auf Kreis-, Bundes- und Landstraßen, soweit der eigentlich verkehrssicherungspflichtige Straßenbaulastträger, also der Kreis Warendorf oder der Landesbetrieb Straßen NRW, (mangels Bereitschaftsdienst z.B. in den Abend- und Nachtstunden oder an Wochenenden) nicht zeitnah einsatzfähig ist. War der Verursacher der Ölspur nicht ermittelbar, blieb die Stadt Oelde als Träger der Feuerwehr bisher auf den Einsatzkosten hängen, da bisher mangels gesetzlicher Ermächtigungsgrundlage eine Heranziehung des Straßenbaulastträgers, also des Kreises oder des Landes NRW zu den Kosten nicht möglich war.

Durch Artikel 13 des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts des Landes NRW vom 11. Dezember 2007, verkündet im Gesetz und Verordnungsblatt NRW am 18.12.2007, wird jedoch das Feuerschutz- und Hilfesgesetz NRW (kurz: FSHG NRW) mit Wirkung vom 01.01.2008 durch Ergänzung des § 41 Abs. 2 FSHG geändert, so dass nunmehr die Kosten für den Feuerwehreinsatz von den verkehrssicherungspflichtigen Straßenbaulastträgern (z.B. vom Kreis Warendorf) zu erstatten sind, wenn ein Kostenersatz durch den Verursacher der Ölspur nicht möglich ist. Dieses Gesetz wurde am 19.12.2007 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW veröffentlicht.

Da der Kostenersatz nach § 41 Abs. 3 FSHG aber durch Satzung zu regeln ist, reicht alleine die Gesetzesänderung noch nicht aus, um den Kostenersatz auch geltend zu machen. Vielmehr ist auch noch eine entsprechende Anpassung der Feuerwehrgebührensatzung der Stadt Oelde vorzunehmen. Diese ist zeitnah zu ändern, damit möglichst alsbald nach Inkrafttreten des Gesetzes am 01.01.2008 auch die entsprechende Satzungsgrundlage für die Geltendmachung der Kostenerstattungsforderungen vorliegt. Damit wird sichergestellt, dass künftig die Stadt Oelde die ihr zustehenden

Kostenerstattungsansprüche gegenüber anderen Straßenbaulastträgern auch durchsetzen kann.

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Oelde vom 04.04.2006 ist daher im Wege einer Änderungssatzung zu ändern.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig die im Folgenden ausgeführte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Oelde.

1. Satzung vom _____ zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Oelde

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Art. I des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung – GO Reformgesetz vom 09.10.2007 – (GV. NRW. S. 380) und des § 41 Abs. 3 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) vom 10.02.1998 (GV. NRW. S. 122), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW. S. 662), hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung am 21. Januar 2008 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1 Kostentragung

In § 2 Abs. 3 wird folgende Ziffer 9 angefügt:

9. vom verkehrssicherungspflichtigen Straßenbaulastträger öffentlicher Verkehrsflächen, sofern ein Kostenersatz nach § 2 Abs. 3 Ziffer 1 – 8 im Sinne des § 41 Abs. 2 Satz 1 FSHG nicht möglich ist.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

13. Neugestaltung Innenstadt Nord - Konzept Vorlage: B 2007/610/1161

Neugestaltung Innenstadt Nord

Herr Hauke betont zu Beginn, dass in der heutigen Sitzung das Konzept beschlossen werden solle. Das Konzept verfolge folgende Kernziele:

- Attraktivierung der Innenstadt,
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität,
- Stärkung des Einzelhandels,

durch

- die Leitung des Zielverkehrs auf kurzem Wege in die Innenstadt,
- die Verringerung der durch den Durchgangsverkehr verursachten Belastungen,
- die gezielte Führung des Parksuchverkehrs zu den Stellplätzen der Innenstadt.

Auf Grundlage dieses Konzeptes werde in den kommenden Wochen mit Anwohnern, Anliegern und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt diskutiert und geplant, sodass dem Rat im März konkretere Ausbauplanung vorgelegt werden können. Die heutige Tischvorlage sei also nicht beschlussrelevant, sondern stelle bereits eine thematische Vorausschau auf die kommenden Wochen dar.

Anschließend erläutert Herr Hauke das im Dezember im Rat vorgestellte Konzept nochmals kurz und betont, dass sich mit allen im Zuge der Beratungen und Diskussionen aufgetauchten Fragen, Anregungen und Prüfaufträgen auseinander-gesetzt worden sei.

Im Folgenden hierzu ein Überblick:

Antrag- steller	Inhalt	Verfahrensstand	Ergebnis der Verwaltung
CDU	Antrag auf Reduzierung der wegfallenden Parkplätze in der „Ruggestraße“.		Die Parkplatzbilanz konnte um 1 weiteren Parkplatz optimiert werden (Bilanz s. u.).
	Vorschlag zur Verlagerung der Parkplätze vor der Bäckerei in der „Ruggestraße“ auf die andere Straßenseite.		Dieser Vorschlag wurde geprüft. Durch die Verlagerung würde erneut eine nahezu geschlossene Aufreihung von Parkplätzen erfolgen, so dass die Ziele „Steigerung der Aufenthaltsqualität“ und „gute Querung“ nicht erreicht werden.
	Vorschlag zur Nutzung des Parkplatzes an der „Paulsburg“.	Wird derzeit verwaltungsintern geprüft.	
	Schrägaufstellung der Stellplätze in der „Ruggestraße“ zur Erhöhung der Stellplatzanzahl.		Durch die zusätzliche Inanspruchnahme von Aufenthaltsflächen würde der angestrebte Charakter des verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs mit erhöhter Aufenthaltsqualität gefährdet. Zudem sind durch den entstehenden Platzbedarf Zulieferungen (Mehl-LKW) nicht mehr möglich.

	Vorschlag zur Bewirtschaftung der Parkplätze an der „Ruggestraße“.	zur der der	Prüfung durch den FD 320	Die Aufstellung eines Parkautomaten ist entlang von Straßen für Oelde unüblich. Um die Wechselrate zu erhöhen, kann über eine Reduzierung der bisherigen Maximalparkdauer von zwei Stunden nachgedacht werden.
--	--	-------------	--------------------------	--

SPD	Antrag auf Erstellung eines Verkehrsgutachtens im Bereich „Bahnhofstraße/Bernhard-Raestrup-Platz“		Die Stellungnahme ist den Ratsmitgliedern per E-Mail am 18. Januar 2008 zugegangen.	Stellungnahme des planenden Ingenieurbüros zur Verkehrssituation „Bahnhofstraße/Bernhard-Raestrup-Platz“ ist eingegangen. Die Verkehrsflächen sind für den Schwerlastverkehr ausreichend. Eine Gefährdung des Fußgängerverkehrs kann ausgeschlossen werden.
	Nutzung der rückwärtigen Flächen der Volksbank als Parkplatz.		Gespräche müssen noch geführt werden.	Das Konzept konzentriert sich auf die Abläufe im öffentlichen Raum. Privatflächen könnten zur Optimierung herangezogen werden. Die Anregung wird aufgenommen.

FWG	Bitte auf Überprüfung der Parkplatzsituation.			s.o.
	Vorschlag zur Durchführung einer Testphase.	zur einer	Umfassende Ausführungen sind den Ratsmitgliedern per E-Mail am 18. Januar 2008 zugegangen.	Der anvisierte Fahrtrichtungswechsel kann nicht allein durch Beschilderung umgesetzt werden. Vielmehr sind bauliche Veränderungen für einen sicheren und reibungslosen Verkehrsfluss unabdingbar.
	Verlagerung der LKWs vom „Carl-Haver-Platz“ an Markttagen an eine andere Stelle in der Stadt.		Prüfung durch den FD 320	Nach Fertigstellung des Parkplatzes an der „Wallstraße“ wird die Verlagerung durch den FD 320 anvisiert.

FDP	Vorschlag zur Mitnutzung der Parkplätze hinter dem Rathaus durch die			Die Nutzung dieser Parkplätze durch die Öffentlichkeit ist bereits
-----	--	--	--	--

	Öffentlichkeit.		zum heutigen Zeitpunkt zulässig (16 Stück). Lediglich Parkflächen für die Außendienstmitarbeiter des Rathauses sind reserviert (14 Stück).
--	-----------------	--	--

Die Grünen	Einrichtung eines Behindertenparkplatzes an der „Ruggestraße“.	Überarbeitung der Planung erfolgt.	Der FD 320 empfiehlt, einen der vier schlecht frequentierten Behindertenparkplätze am Rathaus zu verlagern.
	Vorschlag zur Aufstellung von Fahrradständern evtl. mit Schließfächern.	Der vorhandene Bestand an Stellflächen innerhalb des Innenstadtbereiches wird derzeit aufgenommen, um eine Ergänzung dieser Flächen insbesondere an den Eingängen zur Fußgängerzone zu prüfen (z.B. am östlichen Ende der „Herrenstraße“).	Ein Vorschlag wird erarbeitet.
	Vorschlag, die „Ruggestraße“ für Fahrradfahrer in beide Richtungen öffnen.		Der FD 320 sieht aufgrund der auf 3,25 m eingeeengten Fahrbahn keine Möglichkeit für eine gegenläufige Nutzung. Das nicht befahrbare Teilstück ist zudem recht kurz.

Weitere Anregungen	Auch den Bürgern wurde die Möglichkeit gegeben, sich zu der Planung zu äußern. Dies wurde über das Internet, Leserbriefe und Anrufe wahrgenommen. Die Anregungen sind in den Planungsprozess mit eingeflossen.		
Antragsteller	Inhalt	Verfahrensstand	Ergebnis der Verwaltung
Interessengemeinschaft Ruggestraße	Vorschlag, den Verkehr vom Kreisverkehr her in die „Ruggestraße“ zu führen.		Der Vorschlag wurde in der Konzeption berücksichtigt.
	Votum für den Ausbau der „Ruggestraße“ als „verkehrsberuhigte Zone“.		Die „Ruggestraße“ wird als „Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich – 20 km/h“ ausgewiesen.

	Bitte um enge Abstimmung, frühzeitige Informationsweitergabe, Beschränkung der Bauzeit auf 5-6 Monate.		Diese Wünsche wurden und werden berücksichtigt.
	Antrag auf Durchführung von Fahrversuchen im Bereich „Am Markt/Trippenhof“.	Ein Fahrversuch wurde am 17. Januar 2008 durchgeführt.	Es wurde der Nachweis erbracht, dass der geplante verkehrsberuhigte Geschäftsbereich selbst mit Zügen des Schwerlastverkehrs problemlos befahren werden kann.
	Antrag auf Reduzierung der wegfallenden Parkplätze in der „Ruggestraße“.		Zum APV am 10. Januar 2008 wurden bereits 2 weitere Parkplätze in die bestehende Planung eingefügt. In der aktuell vorliegenden Planung wird nochmals 1 weiterer Stellplatz ausgewiesen.

Volksbank	Votum für die Aufrechterhaltung der jetzigen Situation mit einer modernen Gestaltung der Parkflächen, ohne nennenswerte Verluste.		Die Attraktivierung der Ruggestraße als Aufenthaltsraum steht in starker Konkurrenz zur der Inanspruchnahme der Flächen durch Stellplätze. Das Konzept ist das Ergebnis eines intensiven Abwägungsvorganges.
	Sorge, dass durch den umgedrehten Verkehrsfluss ein sicherer Abfluss des Verkehrs vom Volksbankparkplatz erschwert wird.		Die Anregung wurde bei der Planung berücksichtigt und im Straßenraum Platz für eine gute Einsehbarkeit im Bereich der Ausfahrt geschaffen.

Anwohner Eickhoff / Lehmwall	Vorschlag zur Führung der Einbahnstraße „Eickhoff/Lehmwall“ von der „Ruggestraße“ in Richtung „Carl-Haver-Platz“.		Nach Aussage eines Gewerbetreibenden des „Lehmwalls“ ist die Verkehrsführung der Einbahnstraße vom „Carl-Haver-Platz“ in Richtung „Ruggestraße“ für seine Andienung zwingend erforderlich.
	Vorschlag zur Anbindung des „Lehmwalls“ an die „Konrad-Adenauer-Allee“ und Einrichtung einer Sackgasse am „Eickhoff“.		Nicht umsetzbar, weil diese Einmündung zu dicht am Kreisverkehr liegen würde und somit der reibungslose Ablauf gefährdet ist.

	Vorschlag zur provisorischen Verkehrsführung in einer Testphase.		s.o. – Stellungnahme FWG
	Vorschlag zur Reduzierung der wegfallenden Parkplätze im Bereich „Lehmwall/Eickhoff“.		Das Parkplatzdefizit konnte von -8 auf -5 verbessert werden.
	Vorschlag, die Straße nicht niveaugleich auszubauen, um eine eindeutige Trennung von Fahrbahn und Bürgersteig zu haben.		Ziel der Planung ist, allen Bevölkerungsgruppen, auch denen mit Mobilitätseinschränkungen, eine Querung der Straße zu ermöglichen.
	Hinweis zur Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange.	Das Konzept wird mit dem Amt für Denkmalpflege in Westfalen hinsichtlich der denkmalpflegerischen Aspekte abgestimmt.	
	Wunsch, das bestehende Kopfsteinpflaster auch bei der Neugestaltung der Straße zu verwenden.	Die erneute Nutzung der Pflastersteine wird geprüft. Erst beim Aufnehmen aus dem Verband kann festgestellt werden, ob die Steine erneut genutzt werden können.	

Firma Pott	Berücksichtigung der Rangiervorgänge bei Andienung der Brauerei. Forderung einer verkehrssicheren Lösung.		Ein Fahrversuch wurde mit Unterstützung der Brauerei Pott durchgeführt, der den Nachweis erbrachte, dass die Brauerei auch nach Richtungsänderung der Bahnhofsstraße verkehrssicher angedient werden kann.
	Hinweis, dass der Wegfall der Stellplätze im Bereich der Innenstadt Nord zu einer erschwerten Vermietbarkeit der dort liegenden Wohnobjekte führen kann.		s. Parkplatzbilanz
	Wunsch zur Vermehrung der Parkplatzflächen.		Die Parkplatzbilanz ist unter Einbeziehung des Parkplatzes Wallstraße positiv (s. Parkplatzbilanz). Im Kernbereich ist eine Vermehrung der öffentlichen Stellplätze nicht möglich.

	Hinweis, dass die Verkehrssicherheit bei der Änderung der Fahrtrichtung im Bereich „Bernhard-Raestrup-Platz/Bahnhofstraße“ gewährleistet sein muss.		Das Konzept wurde auf Grundlage der einschlägigen Verordnungen und technischen Regelwerke aufgestellt und auf die Aspekte der Verkehrssicherheit geprüft.
	Hinweis auf das Ziel, durch den Erwerb des Gebäudes der Apotheke die Straßenflucht zurücknehmen zu können.		Die verkehrssichere Funktionsfähigkeit des Konzepts wurde unter Wahrung des Gebäudebestandes festgestellt. Darüber hinaus steht das Gebäude unter Denkmalschutz.

Stellungnahme Bürger I	Hinweis, dass der Bereich „Eickhoff“ stark durch Fremdfahrzeuge frequentiert ist. Zudem werden die Schilder wie „Anlieger frei“ und „Parken nur mit Bewohnerausweis“ ignoriert.		Der FD 320 wird verstärkt auf die Einhaltung dieser Reglementierung achten.
	Es besteht die Sorge, dass durch die Einbahnstraßenregelung vom „Carl-Haver-Platz“ in Richtung „Ruggestraße“ über „Eickhoff“ und „Lehmwall“ das Verkehrsaufkommen weiter steigt, wenn es einen Rückstau von der Einmündung in die „Konrad-Adenauer-Allee“ gibt.		Laut Abflussberechnung bestehen für den Bereich „Konrad-Adenauer Allee/Carl-Haver-Platz“ keine Rückstauzeiten bei Einrichtung einer Rechtsabbiegerspur. Nach Aussage eines Gewerbetreibenden des Lehmwalls ist die Verkehrsführung der Einbahnstraße vom „Carl-Haver-Platz“ in Richtung „Ruggestraße“ für seine Andienung zwingend erforderlich.

Stellungnahme Bürger II	Hinweis, dass die Änderung der Fahrtrichtung im Bereich „Bahnhofstraße“ nicht umweltfreundlicher ist, da nun „Gas gegeben werden muss“.		Aus Sicht der Umwelt wird diesem Hinweis zugestimmt. Die Änderung der Fahrtrichtung erfolgt aus der Umsetzung des Gesamtkonzeptes.
----------------------------	---	--	--

	Hinweis, dass ein Großteil der Autofahrer sich nicht regelkonform im Kreisverkehr verhalten. Daher besteht Skepsis gegen die Einrichtung eines neuen Kreisverkehrs.		Statistisch betrachtet sind Kreisverkehre sicherer als Kreuzungsbereiche. Der Vorschlag, eine Überwachung der Oelder Kreisverkehre vorzunehmen, wird an die Oelder Polizei weitergeleitet.
	Hinweis, dass durch die Ausweitung der Fußgängerzone im Bereich „Ruggestraße“ die direkte Anfahrt der dort liegenden Geschäfte nicht möglich ist.		In den angrenzenden Straßen sind Parkplätze vorgesehen.

Stellungnahme Bürger III	Hinweis, dass es auf dem Konrad-Adenauer-Ring in Richtung Norden auf Höhe des „Carl-Haver-Platzes“ immer wieder zu erheblichen Rückstaus kommt. Vorschlag, dass der „Carl-Haver-Platz“ bei der Neuregelung ausschließlich über den Kreisverkehr, die „Ruggestraße“ und den „Trippenhof“ angefahren wird.		Der Linksabbiegeverkehr im Einmündungsbereich „Konrad-Adenauer-Allee“ wird weiterhin zugelassen. Durch die Fertigstellung des Autobahnanschlusses im Bereich des Gewerbegebietes Aurea wird ein deutlicher Rückgang des Schwerlastverkehrs auf der „Konrad-Adenauer-Allee“ eintreten und hierdurch künftig das Linksabbiegen in den „Carl-Haver-Platz“ erleichtert. Im „Trippenhof“ soll kein Durchgangsverkehr fließen.
-----------------------------	--	--	--

Aktuelle Parkplatzbilanz

	Stand 03.12.2007	Stand 21.01.2008
Bernhard-Raestrup-Platz	- 1	- 1
Bahnhofstraße	0	0
Ruggestraße (Fußgängerzone)	- 9	- 9
Ruggestraße (verkehrsberuhigter Geschäftsbereich)	- 10	- 7
Lehmwall	- 4	- 1
Eickhoff	- 4	- 4

Am Markt	- 3	- 3
Carl-Haver-Platz	- 4	- 4
Trippenhof	- 1	- 1
P 1 Rathaus	- 6	- 6
P 2 Rathaus	- 2	- 2
Neubau Parkplatz Wallstraße	+ 39	+ 39
Summe:	- 5	+ 1

Thema Grün

Für die Erneuerung „Innenstadt Nord“ sind einige Bäume am „Bernh.-Raestrup-Platz“ und an der „Wallstraße“ zu fällen. Am 14. Januar 2008 hat die Baumkommission zu diesem Punkt getagt. Das Ergebnis lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Am **Bernh.-Raestrup-Platz** handelt es sich um eine Linde und fünf Ahorn.

Der Fällung der Linde wird zugestimmt, weil der Verbleib eine verkehrstechnische Neuordnung verhindern würde. Die fünf Ahorn fallen aufgrund ihrer Größe nicht in den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung. Sie sollen jedoch wegen ihres kümmerlichen Wachstums, bedingt durch schlechte Standortbedingungen, gefällt werden. Im Zuge der verkehrstechnischen Neugestaltung sind als Ausgleich einige Hartholz-Hochstämme zu pflanzen.

An der **Wallstraße** handelt es sich um einige Obstbäume.

Die Obstgehölze fallen nicht in den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung, weiterer schützenswerter Baumbestand existiert nicht. Im Zuge der Parkplatzgestaltung sind in den Vegetationsflächen Bäume und Solitärgehölze zu pflanzen.

Im Anschluss an Herrn Haukes Vorstellung des Konzepts nehmen die Fraktionsvorsitzenden Stellung.

Herr Gresshoff trägt vor, dass die CDU-Fraktion das Konzept als zukunftsweisend und positiv sehe. Durch die geplante Umgestaltung werde sich die Innenstadt den modernen Ansprüchen anpassen und besser als solche erkennbar werden. Zudem werde sich durch die Entlastung der Innenstadt vom Durchfahrtsverkehr die Aufenthaltsqualität dort wesentlich steigern. Abschließend erinnert Herr Gresshoff daran, dass der heutige Beschluss sich lediglich auf das Konzept an sich beziehen würde. Endgültige Detailfragen seien weiterhin offen und in den kommenden Wochen und Monaten zu klären. Insgesamt empfinde die CDU-Fraktion, dass das vorgelegte Konzept es verdient habe, auf den Weg gebracht zu werden.

Frau Koch erklärt, dass die SPD-Fraktion das Konzept als solches für gut befinde. Jedoch sehe die Fraktion die Verkehrsflussplanung kritisch. Es müsse auf jeden Fall der Verkehrsfluss sowie die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer gewährleistet sein. Solange hierzu keine Stellungnahme eines Ingenieurbüros vorläge, würde sich die SPD-Fraktion gegen das vorgelegte Konzept aussprechen.

Herr Knop erklärt, dass die FWG-Fraktion das vorliegende Konzept mit gemischten Gefühlen betrachten würde. Einerseits seien die Planungen bezüglich der Verkehrsführung und der Kanalarbeiten gut. Auch die Aufenthaltsqualität der Innenstadt würde sich steigern. Jedoch seien die geplanten Stellplätze sowie die Ausfahrt vom Carl-Haver-Platz nicht zufriedenstellend. Auch der Sinn eines Kreisverkehrs vor dem

Rathaus müsse überdacht werden. Bezüglich der Verkehrsführung spreche sich die FWG daher für eine Übergangsphase aus, so Herr Knop weiter. Außerdem habe es zwischen der Vorstellung des Konzepts am 03. Dezember 2007 und dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag zu wenig Zeit für intensive Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern gegeben. Dies sei jedoch bei dem Ausmaß und der Tragweite des Konzepts notwendig. Weiterhin verweist Herr Knop auf bislang gegensätzliche Stellungnahmen von Ingenieuren bezüglich der Verkehrsführung. Die FWG-Fraktion stellt daher den Antrag, die Entscheidung zu vertagen.

Frau Wieschmann unterstreicht, dass das vorliegende Konzept nur eine Grundlage darstelle. Die grundlegenden Details seien in der nächsten Zeit mit den Anliegern, den Bürgerinnen und Bürgern zu besprechen. Der Beschluss des Konzepts solle der Verwaltung daher keinen Freifahrtsschein ausstellen. Damit es jedoch weiter gehen könne, würde die FDP-Fraktion dem vorliegenden Konzept zustimmen.

Frau Köß erklärt, dass ein Konzept normalerweise ein skizzenhafter Entwurf sei. Im Falle des Konzepts der Umgestaltung der Innenstadt Nord sei dies jedoch noch wesentlich mehr. Hier seien bereits konkrete Ziele und Ideen zu Papier gebracht worden. Aufgrund des vorliegenden Konzepts könne von einer Verbesserung des Verkehrsflusses sowie der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt ausgegangen werden. Auch sei die Anreise mit dem Fahrrad möglich, was die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr begrüßen würde. Daher herrsche in der Fraktion zwar keine Euphorie, jedoch Zustimmung für das Konzept. Nun müssten Politiker, Verwaltung und Bürger der Stadt Oelde in ein Boot genommen werden. Dies ginge am besten mit einem autorisierten Entwurf als Diskussionsgrundlage. Ihre Fraktion sehe den Beschluss dieses groben Konzepts daher als Startschuss dafür, erklärt Frau Köß abschließend.

Im Anschluss an die Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden erklärt Herr Hauke, dass bei den weiteren Planungen zur Umgestaltung der Innenstadt Nord noch einiges zu tun sei. Daher müsse jetzt weitergemacht werden, um den mit den Wünschen des Einzelhandelns abgestimmten Zeitplan einhalten und ab Sommer 2008 bauen zu können.

Herr Rodriguez fragt nach, warum bezüglich der Verkehrsführung gutachterliche Stellungnahmen von Ingenieurbüros eingeholt worden seien, sich aber nicht mit Anliegern wie Herrn Rainer Pott an einen Tisch gesetzt worden sei. Dies sei traurig, erklärt Herr Rodriguez. Zudem habe der Rat erst im September beschlossen, vor Beschlüssen von Maßnahmen zur Umgestaltung der Innenstadt zunächst die Notwendigkeit der Maßnahme, die sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge, die weiteren anzustrebenden Ziele, die Durchführung des Verfahrens im Allgemeinen sowie die Auswirkungen auf die unmittelbar Betroffenen überprüfen zu lassen. Bei einem heutigen Beschluss des Konzepts würde jedoch das genaue Gegenteil gemacht werden.

Herr Bürgermeister Predeick und Herr Hauke betonen, dass Herr Rainer Pott der erste Ansprechpartner gewesen sei und es konstruktive Gespräche mit ihm und seinem Mitarbeiter Herrn Schoppmeier gegeben habe. Tenor des Herrn Pott sei gewesen, dass das Verkehrsleitsystem funktionieren müsse. Weitere Einwände habe Herr Pott nicht vorgetragen, so Herr Bürgermeister Predeick.

Auf Nachfrage von Herrn Knop, welche Verzögerungen im Zeitplan ohne einen heutigen Beschluss des Konzepts auftreten könnten, erklärt Herr Hauke, dass Anfang Februar die erste Anliegerversammlung stattfinden werde, in welcher man aufgrund einer autorisierten Grundidee weiter planen und diskutieren wolle und müsse. Bei einer Verschiebung der Termine könnte nicht gewährleistet werden, dass die Bauarbeiten in der Ruggestraße nicht in die Wintermonate, und somit in die Hauptverkaufszeit, fallen würden. Die Terminplanung sei gezielt auf die Interessen der Ruggestraße abgestimmt.

Herr Rodriguez wirft ein, dass er von der Relevanz der Planung, in welche Richtung der Verkehr zukünftig durch die Innenstadt fließen werde, nicht überzeugt sei. Straßen und Kanalisation sei egal, wie auf ihnen gefahren werde.

Herr Soldat fragt an, warum das Konzept nicht bereits im September oder Oktober vorgestellt worden sei, wenn die Zeit jetzt so drängen würde.

Herr Bäumker stellt die Frage, welches Konzept genau heute beschlossen werden solle. Seiner Meinung nach würde u.a. die Verkehrsführung noch Anlass zur Beratung geben. Zwar solle das Konzept nicht zerredet werden, jedoch wäre heute eher eine Kenntnisnahme des Konzepts anstatt eines Beschlusses sinnvoll. Ein Beschluss könne höchstens im Sinne einer Fortführung der Planungen gefasst werden, sollte aber keine haushaltsrelevante Entscheidung beinhalten. Ob ein Beschluss also von Nöten sei, sei zu diskutieren.

Herr Hauke erklärt, dass auch nach dem heutigen Beschluss eines groben Konzepts die Fortführung der Planungen weiterhin flexibel bleibe. So befinde man sich derzeit in Gesprächen mit der Volksbank bezüglich der Zuwegung zur Hauptstelle. Hier müsse und werde mit der Volksbank eine Lösung erarbeitet werden.

Herr Rodriguez wirft ein, dass genau dies das Problem sei. Der Volksbank würden eventuell Zugeständnisse gemacht, aber die Pott's Brauerei müsse mit der Verkehrsführung leben.

Herr Bürgermeister Predeick betont nochmals, dass die Stadt die Planungen überarbeiten werde, sollte die geplante Verkehrsführung nicht im Sinne und zum Guten aller Beteiligten sein.

Herr Knop erklärt, dass nach Meinung der FWG-Fraktion neben den Anliegerversammlungen auch eine Bürgerversammlung zu dem Thema wünschenswert und notwendig sei. Daher schließe er sich Herrn Bäumker an, dass heute lediglich von einer Kenntnisnahme, nicht aber von einem Beschluss gesprochen werden könne.

Herr Hütig erklärt, dass heute keine Entscheidungen getroffen werden sollten, die hinterher vielleicht wieder zurückgenommen werden müssten. So halte er z.B. die in der Planung angegebene maximale Wartezeit für einen Linksabbieger des Carl-Haver-Platzes für utopisch. Deshalb würde er die Gesamtplanung in Frage stellen.

Herr Heinz Junkerkalefeld betont, dass das Konzept gut sei und durchgesetzt werden müsse. Die Tatsache, dass bislang niemand ein anderes Konzept vorgelegt hätte, würde für die von der Verwaltung vorgelegte Planung sprechen. Bestünde ein weiteres Konzept, so könne natürlich diskutiert werden. In der gegebenen Situation aber habe der Rat die Verpflichtung, das Konzept auf den Weg zu bringen, um die Innenstadt attraktiver zu gestalten. Notwendige Änderungen könnten zu jeder Zeit geklärt werden, heute ginge es jedoch noch gar nicht um Details, fährt Herr H. Junkerkalefeld fort. Daher müsse der Rat den Mut haben, eine Entscheidung zu treffen und diese nicht immer zu verschieben. Sollte die Entscheidung gegen das Konzept ausfallen, so müsse zudem erklärt werden, welches Konzept zur Gestaltung der Innenstadt dann aufgestellt werden solle, schließt Herr H. Junkerkalefeld.

Herr Voelker stimmt dem zu. Er betont, dass der Rat für die Stadt Oelde erfolgreich sein wolle. Hierfür müsse an einer Stelle begonnen werden. Würde man nicht im Norden der Innenstadt anfangen, so stünde der schwieriger zu planende Süden an. Daher solle jetzt begonnen werden. Im Zuge der weiteren Beratungen könne dann konkreter geplant werden. Heute ginge es um eine große Entscheidung und nicht um Detailfragen, erklärt Herr Voelker weiter. Daher solle das Konzept nicht zerredet, sondern beschlossen werden.

Zum Abschluss der Diskussion betonen Herr Bürgermeister Predeick und Herr Hauke nochmals, dass der Stadt Oelde die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liege, dass entgegen eventuell anders lautender Berichte zuerst mit Anliegern wie Herrn Rainer Pott und der Volksbank konstruktiv gesprochen worden sei und dass die Verwaltung, falls nötig, bei Planung und Umsetzung des Konzepts stets die entsprechenden Konsequenzen ziehen und tragen werde.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Predeck den von der FWG-Fraktion gestellten Antrag auf Vertagung der Entscheidung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Vertagungsantrag wird mit 22 Gegenstimmen abgelehnt.

Daher wird in der anschließenden Abstimmung über das Konzept folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt das vom Ausschuss für Planung und Verkehr vorgelegte Konzept mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen.

- 14. 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 Jahnwiese**
A) Entscheidungen über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gem. § 4 Abs. 2 BauGB
B) Satzungsbeschluss
Vorlage: B 2007/610/1163

Der Ausschuss für Planung und Verkehr hat in seiner Sitzung vom 26. April 2007 auf Antrag des Bauträgers mit dem Schreiben 23. März 2007 beschlossen, dem Rat die Durchführung der 1. Vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ zu empfehlen, da sich die Vermarktung dieser städtebaulichen Konzeption als schwierig erwies (vgl. Vorlage B 2007/610/1009). Die Änderungen sollen der Aufwertung des Vorhabens dienen. Zum einen soll die Einfahrt zum Haus Nr. 21 zur Andienung der Parkplätze verlegt werden. Zum anderen sollen in räumlich fest definierten Bereiche an Stelle der vorgesehenen Stellplätze Carports errichtet werden.

In seiner Sitzung vom 11. Juni 2007 hat der Rat der Stadt Oelde das vereinfachte Änderungsverfahren eingeleitet und die öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfs beschlossen.

Die 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ der Stadt Oelde - einschließlich Begründung - hat gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) in der Zeit vom 19. November 2007 bis einschließlich 19. Dezember 2007 in der Stadtverwaltung Oelde, Planung und Stadtentwicklung (Zimmer 429) öffentlich ausgelegt. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt worden.

A) Entscheidungen über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gem. § 4 Abs. 2 BauGB

1. Entscheidungen zu Anregungen der Bürger:

Bürger haben im Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise vorgetragen.

2. Entscheidungen über Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Nachstehend aufgeführte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange und Fachämter der Stadt haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise vorgebracht:

Institution	Stellungnahme vom
Fachbereich 3 / Bauverwaltung	7. Dezember 2007

B) Satzungsbeschluss

Nachdem über die Ergebnisse der Entwurfsoffenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beraten wurde, empfiehlt der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass keine Anregungen oder Bedenken gegen die 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ vorgebracht wurden und beschließt einstimmig gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) und gemäß der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NW.S. 666/SGV.NW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Teils des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498) die 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ der Stadt Oelde als Satzung.

Der Bereich der 1. Vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ der Stadt Oelde liegt im Südosten des Oelder Stadtgebietes, westlich der „Kreuzstraße“, nördlich des „Deipenwegs“ und östlich der Straße „Kerkbreite“. Der Geltungsbereich ist auch dem beiliegenden Übersichtsplan zu entnehmen (siehe Anlage 2).

Gleichzeitig billigt der Rat der Stadt Oelde einstimmig die Begründung (siehe Anlage 1) zur 1. Vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ der Stadt Oelde.

Der Satzungsbeschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

15. 2. Änderungsvereinbarung zum Erschließungsvertrag zum BPlan 70 "Jahnwiese" Vorlage: B 2007/600/1167

Am 07.07.2004 hat die Stadt Oelde mit der Probst Bauräger GmbH einen modifizierten Erschließungsvertrag zur Erschließung des Bebauungsplangebietes Nr. 70 „Jahnwiese“ geschlossen.

Der Erschließungsträger hat beantragt, die räumliche Lage einer Grundstückszufahrt zu ändern und die Überbauung eines Teils der Stellplätze mit Carports zuzulassen. Diese Änderungswünsche sind in die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 eingearbeitet worden.

Da der Ursprungs-Bebauungsplan Nr. 70 Bestandteil des modifizierten Erschließungsvertrages geworden ist, erfordern Änderungen zum Bebauungsplan eine Anpassung des Vertragswerkes.

Der beigefügte Vertragstext ist mit dem Erschließungsträger abgestimmt und von diesem unterzeichnet worden. Die 2. Änderungsvereinbarung wird mit Erteilung der Zustimmung durch den Rat der Stadt Oelde wirksam.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde stimmt einstimmig dem Abschluss der 2. Änderungsvereinbarung zum modifizierten Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 70 „Jahnwiese“ zu.

16. Verschiedenes

16.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Predeick informiert den Rat der Stadt Oelde darüber, dass er aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung NRW im Zuge der Einführung des NKF Herrn Bernhard Rose mit Datum vom 14. Januar 2008 offiziell zum Kämmerer bestellt habe.

Herr Rose informiert die Mitglieder des Rates über die Änderungen bei der Erhebung der Abwassergebühren durch die zukünftige Trennung von Regen- und Schmutzwasser. Derzeit bestimme sich in Oelde wie auch in viele anderen Städten in NRW die Höhe der zu entrichtenden Gebühr ausschließlich über das jeweils verbrauchte Frischwasser. Das von einem Grundstück in die Kanalisation eingeleitete Regenwasser habe (noch) keinen Einfluss auf die Abwassergebühr.

Das Oberverwaltungsgericht NRW habe mit Urteil vom 18.12.2007 (Az. 9 A 3648/04) seine Rechtsprechung geändert, so dass die Kosten der Regenwasserbeseitigung nicht länger über den so genannten „Frischwassermassstab“ abgerechnet werden könnten, erklärt Herr Rose weiter. Da dieses Urteil jedoch noch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt werden müsse, um seine Rechtskraft zu entfalten, würden die diesjährigen Bescheide zur Erhebung der Abwassergebühren am 08.02.2008 zunächst unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erlassen. Dies sei neuerdings aufgrund des Kommunal-Abgabengesetzes i.V.m. der Abgabenordnung zulässig und werde vom Städte- und Gemeindebund sowie vom Innenministerium empfohlen. Sollte das Urteil bestätigt werden, werde die Stadt Oelde ihre Satzung ändern und die Gebühren für Regen- und Schmutzwasser getrennt erheben. Bei einer Neuberechnung könne es sowohl zu einer Gebührenmehrbelastung als auch zu einer Gebührensenkung für einzelne Bürgerinnen und Bürger kommen. Dies hänge davon ab, wie viel Regenwasser von versiegelten Grundstücksflächen in die öffentliche Kanalisation eingeleitet wird, so Herr Rose abschließend.

Herr Hauke erklärt bezüglich der geplanten Erweiterung der Venti am Heidekamp, dass der Ausschuss für Planung und Verkehr am 10.01.2008 die Einleitung des Bebauungsverfahrens beschlossen habe. Für den durch die Baumaßnahme wegfallenden Bolzplatz stehe jedoch bereits eine Ersatzfläche bereit. So sei die Errichtung eines neuen Bolzplatzes auf der Wiese hinter den Gebäuden der Versorgungstechnik der EVO an der Straße Zum Geisterholz geplant. Die Venti würde hierfür zwei Tore stiften, so Herr Hauke weiter.

16.2. Anfragen an die Verwaltung

Anfragen an die Verwaltung liegen nicht vor.

Helmut Predeick
Vorsitzender

Johannes Stür
Schriftführer